

---

# Parteiensystem im Wandel – Haben die Volksparteien Zukunft?

Heinrich Oberreuter

## *Volksparteien in der Krise*

Die Symptome einer Krise der Volksparteien sind weithin bekannt.<sup>1</sup> Sie indizieren wegen des Trends, der ihnen innewohnt, eine massive Beziehungskrise zwischen Bürgern und Parteien, speziell den großen Parteien. Des Trends wegen lassen sich die Befunde nicht mit dem (durchaus nicht überwundenen) klassischen deutschen Antiparteienaffekt erklären. Nur drei exemplarisch aufgeführte Größen – Vertrauen, Mitglieder, Wählerattraktivität –, die zu tieferen Ursachen noch gar nicht vorstoßen, geben der Krisen-anfange ihre Berechtigung:

Anfang der 1980er Jahre brachte noch jeder Zweite den Parteien Vertrauen entgegen.<sup>2</sup> Zwischen 1995 und 2005 fiel dieser Wert dramatisch von 41 Prozent auf 17 Prozent.<sup>3</sup> Je nach Politikfeld trauen bis zu 40 Prozent keiner von ihnen Problemlösungskompetenz zu.

Seit 1990 hat die SPD etwa 40 Prozent ihrer Mitglieder verloren, die CDU etwa ein Drittel. Die CSU hält sich mit 10 Prozent Schwund relativ stabil<sup>4</sup> und signalisiert, dass man dem Trend auch wehren kann; allerdings unter ungleich besseren politisch-kulturellen und gesellschaftlichen Bedingungen als die anderen (Bundes-)Parteien.

Schwäche und Abschwung indiziert auch die elektorale Entwicklung beider Großparteien. In ihrer Hochzeit banden sie 1976 91,2 Prozent der Wähler an sich, 2005 nur

noch 69,4 Prozent, womit sie sich ihrem Ausgangspunkt von 1949 (60,2 Prozent) wieder annähern. Aufschlussreich ist, dass die Volksparteien von den Wahlberechtigten insgesamt 1976 82,1 Prozent, 2005 aber gerade noch 53 Prozent an sich banden, was natürlich auch auf den Einbruch der Wahlbeteiligung zurückzuführen ist.

*Nachlassende Bindekraft der Volksparteien*

Bundestagswahl		1976	2005
Wahlbeteiligung		90,7	77,0
Stimmanteile SPD und Union		91,2	69,4
Anteil Wahlberechtigte	SPD	38,3	26,2
	CDU	34,2	21,2
	CSU	9,6	5,6
	Union und SPD gesamt	82,1	53,0

Quelle: eigene Berechnungen.

Zwischenwahlen und Demoskopie signalisieren seit 2005 die Fortsetzung dieses Trends. Die „Großen“ sind auf dem Wege, nur noch 60 Prozent der Wähler binden zu können. Bei den jüngsten Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Bayern 2008 und 2009 verloren sie absolut etwa 20–25 Prozent ihrer Wählerstimmen. Das Potential der „Kleinen“ tendiert dagegen zu „35 Prozent + X“. Auch der Mitgliederschwund der Großparteien hält an.

Was fängt diese nicht undramatische Entwicklung auf? Zum einen das Parteiensystem insgesamt, zum andern Apathie und Abstinenz. Denn offensichtlich profitieren einerseits von der nachlassenden Bindekraft der Großen jetzt die Kleineren. Der Extremismus entwickelt sich andererseits flächendeckend (anders als in sozial gefährdeten Insel-

bereichen) bislang nicht ausgeprägt. Repräsentation und Partizipation, wichtige Funktionen der Parteien, erfahren allerdings erhebliche Defizite. Deswegen stellt sich die verunsicherte Frage nach der Zukunft der Volksparteien.

### *Zum Typus Volkspartei*

In der Politik herrscht vielfach die Fehleinschätzung, Status und Typus der Volkspartei bänden sich an die Wählerscharen, die sie an sich zu ziehen vermöchten. Ab wann verlöre sie dann ihren Status? Bei 35, 30, 20 oder 17 Prozent? Offensichtlich handelt es sich bei der Wählerattraktivität um ein Sekundär- oder Folgephänomen. Als der Typus benannt wurde, dachte auch niemand an die Hochzeit seiner Bindekraft, die er erst Zug um Zug gewann: Der Volksparteientypus brach mit einer für Regierungs- und Leistungsfähigkeit schädlichen Tradition in Deutschland und hat dann kraft seines Erfolges das Parteiensystem verändert.

Die Tradition war von der Intention geprägt, begrenzte, minoritäre, soziologisch bzw. weltanschaulich oder interessenspezifisch eingemauerte politische Positionen parteilich zu organisieren und zu effektivieren.<sup>5</sup> Eine erste Gegenentwicklung, eigentlich sogar eine neue Kursbestimmung, war der Impetus zur politischen Leitung und Gestaltung des Gesamtsystems. Verantwortungsfreudige Parteien, die nach der Regierungsmacht griffen und sie nicht scheuten – das war die eigentliche Überraschung nach 1945. Bloßem Partikularismus, wie er der Tradition entsprochen hätte, setzt diese Intention Grenzen. Sie zwingt im Gegenteil zur Verbreiterung der politischen Basis, zur Integration unterschiedlicher Interessen auf einer gemeinsamen Plattform, um durch Attraktivität für ein größtmögliches Wählerpotential für die Übernahme der Regierungsmacht überhaupt in Frage zu kommen. Es erfolgte die

Abkehr von der geborenen Minoritätspartei. Die Konkurrenz der Großparteien geht nicht ausschließlich, aber doch weithin um das gleiche Stimmenpotential. Aus Interessensparteien wurden Volksparteien, aus Weltanschauungsparteien, wie man es polemisch verzerrend übersetzt hat, „Allerweltparteien“: „Catch all party“ wäre wohl besser zu charakterisieren als eine alle Gruppen und Schichten der Gesellschaft ansprechende Partei. Alf Mintzel hat darauf aufmerksam gemacht, wie nachdrücklich Otto Kirchheimer, der das Volksparteienkonzept in die wissenschaftliche Diskussion im Deutschland der sechziger Jahre eingeführt hat, auf den Schultern von Anthony Downs, seiner ökonomischen Theorie der Demokratie und seinem Begriff der „multipolicy party“ steht.<sup>6</sup> Das Phänomen des Wettbewerbs, das Stimmenmaximierungsprinzip, die Partei als Marken- und Massenartikel, die Mobilisierung der Wähler für Handlungspräferenzen – an der „geistigen Vaterschaft“ Downs' besteht kein Zweifel.

Nach Otto Kirchheimer gibt eine solche Partei „den Versuch auf, sich die Massen geistig und moralisch einzugliedern und lenkt ihr Augenmerk in stärkerem Maße auf die Wählerschaft; sie opfert also eine tiefere ideologische Durchdringung für weitere Ausstrahlung und einen rascheren Wahlerfolg. Die Perspektive einer mehr begrenzten politischen Aufgabe und des unmittelbaren Wahlerfolgs unterscheidet sich wesentlich von den früheren, umfassenden Zielen; heute werden Ziele von früher als erfolgsmindernd angesehen, weil sie Teile der potentiell die ganze Bevölkerung umfassenden Wahlklientel abschrecken.“<sup>7</sup>

Sicher griffen in der Folge die alten Klischees und Zuordnungen nicht mehr. Auf lange Sicht bestätigte sich jedoch ein Korrektiv, das in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Modellen von Downs und Kirchheimer immer vorhanden gewesen ist und verhindert hat, dass die Parteien prinzipienlos geworden wären: nämlich das wertori-

enterte Fundament und zugleich auch spezifische gesellschaftlich-politische Affinitäten. Linke und rechte Volkspartei ließen sich somit nach wie vor unterscheiden. Nicht soziale Konturenlosigkeit und weltanschauliche Prinzipienlosigkeit, sondern die Öffnung zur Mitte und die Öffnung der Prinzipien für möglichst viele Schichten war der Ausgangspunkt des Wandels.

Hinzu trat die Verpflichtung auf das „Gemeinwohl“, die Vorstellung also, mit der Verabschiedung der Repräsentation lediglich sektoraler Interessen auch ein abgestimmtes, koordiniertes Politikkonzept vorlegen zu müssen.

Der Ausbruch aus den Subkulturen, der Wandel zu weltanschaulich offeneren und interessenintegrierenden Parteien – gefördert durch die prosperierende wirtschaftliche Entwicklung – ließen dem Wiedererstehen eines zersplitterten Vielparteiensystems, wie es der Tradition entsprochen hätte, keine Chance, obgleich es natürlich in die Gründerphase der Bundesrepublik noch hineinstrahlte.

### *Faktoren des Wandels*

Inzwischen ist ins deutsche Parteiensystem seit Mitte der 1990er Jahre so viel Bewegung eingezogen, wie seit langem nicht mehr. Der gesamtdeutsche Gärungsprozess scheint 2007 mit der Westverankerung der PDS durch die Etablierung der LINKEN einen gewissen Abschluss erreicht zu haben – mit weitreichenden Folgen. Wir haben uns langfristig in einem Fünfparteiensystem (die CSU extra gerechnet: sechs) einzurichten, mit fortgeltender, vielleicht sogar fortschreitender Dekonzentration und mit sich daraus entwickelnden Problemen für Regierungsbildung und Stabilität. Zugleich scheinen die Kleinparteien ideologische und interessenspezifische Lücken zu besetzen, welche die Volksparteientwicklung vermeintlich offen gelassen hat.

Je erfolgreicher dies sein wird, umso mehr könnten sich daraus langfristige Konsequenzen ergeben, die im Widerspruch stünden zum gegenwärtig noch anhaltenden Drang nach der Mitte von Union und SPD. Die Konkurrenz, die ihnen Wähler abspenstig macht, könnte beide zu politisch-programmatisch profilierten Reaktionen veranlassen, auch wenn eine derartige Reaktion bei der Führung der CDU noch keineswegs in Sicht ist.

Jenseits traditioneller Fragen nach der Parteienkonstellation nähern wir uns damit tiefer gehenden Herausforderungen, welche die Parteien in Europa und den USA in Kritik und Krise gebracht haben. Anders gefragt: Muss nicht über die Parteien hinaus nach Wandlungsprozessen in Gesellschaft und medialer Politikvermittlung geforscht werden, welche die klassische Organisationsform Partei erodieren? Noch anders: Wenn Parteien und Gesellschaft sich entfremden – wie sehr ist gesellschaftliche Veränderung dafür ursächlich und nicht nur politisches und parteiorganisatorisches Versäumnis? Worauf müssen dann Parteien in der Zukunft antworten?

Zu nennen sind fünf Veränderungstendenzen, die zum Teil Ursachen für alternative Parteikonzepte<sup>8</sup> sind:

1. Die Erosion von Parteibindungen und Loyalitäten setzt sich fort und scheint sich zu beschleunigen. Bekanntlich befinden sich im westdeutschen Parteiensystem die überkommenen sozial-moralischen Milieus,<sup>9</sup> die Parteiidentifikation gestiftet hatten, seit Jahrzehnten in einem Auflösungsprozess. Durch Wandlungen der Erwerbsstrukturen, Bildungsexpansion und Wertewandel haben sich diese Milieus mittlerweile auf ihren Kern reduziert. Zwar haben auch 2005 60 Prozent der Arbeiter mit Gewerkschaftsbindung SPD und 75 Prozent der Katholiken mit Kirchenbindung CDU/CSU gewählt. Doch diese Kernmilieus machen nur noch wenig mehr als 10 Prozent der Gesamtwählerschaft beider Parteien aus.

Die alten Milieus wurden in der Gesellschaft wegmodernisiert. Die Großparteien fühlen sich ihnen zwar noch verpflichtet, sahen sich aber nicht nur gezwungen, neue Wählerschichten zu integrieren, sie wollten es auch. Im Ergebnis haben sich ihre Wählerschaften sozialstrukturell angeglichen. Mit ihren Stammwählern allein ist keine der beiden Volksparteien<sup>10</sup> koalitions- und regierungsfähig. In der Gesellschaft ist die Bereitschaft, sich längerfristig mit einer Partei zu identifizieren, zurückgegangen. Das Potential der ungebundenen potentiellen Wechselwähler macht mittlerweile rund 50 Prozent aus. Dieser Prozess erstreckte sich in Westdeutschland über Jahrzehnte. In Ostdeutschland war der neue Wählertyp von vornherein vorherrschend. Zwei Diktaturen haben in sechs Jahrzehnten eine sozial weitgehend entstrukturierte Gesellschaft hinterlassen.

2. Der Wertewandel hat den Trend zur Individualisierung in der Gesellschaft verschärft.<sup>11</sup> Individuelle Nutzenmaximierung steht Parteien als kollektiven Organisationen, die programmatisch auf den Gesamtnutzen abzielen, jedoch entgegen. Zudem sind sie als Institutionen zur Bearbeitung komplexer und kontroverser politischer Probleme eher ein erlebnisarmer Raum, zumindest in jenem konsum-, genuss- und abwechslungsorientierten Sinn, der die moderne „Erlebnisgesellschaft“<sup>12</sup> definiert. Vor allem transzendiert die Individualisierung soziale Klassen, Milieus und Gruppen. Für Parteien wird es daher ebenso schwer, Mitglieder zu rekrutieren, wie Interessen zu bündeln und anzusprechen: In gesellschaftlicher Pluralisierung und Fragmentierung zerrinnen ihre Zielgruppen – eine Tendenz, welche die bereits angesprochene beobachtete Erosion der klassischen sozialmoralischen Milieus verstärkt. Sozialstrukturelle Merkmale werden immer mehr durch Lebensstile<sup>13</sup> ersetzt, die zunehmend flüchtig werden, wie die Lebensformen in der Erlebnisgesellschaft überhaupt. Wie sollen auf dieser neuen Basis Parteibindungen

entstehen? Fördert sie nicht geradezu die jüngeren Tendenzen zur Dekonzentration des Systems, zur neuen Attraktivität von Kleinparteien?

Unabhängig von aktuellen Affären und Funktionsproblemen wirken diese Wandlungsprozesse massiv auf Politik und Parteien ein. Sie verändern die üblichen Beziehungen zwischen Bürgern und politischem System. Die Agenda der Politik ist zu seriös, als dass sie den neuen Gesetzmäßigkeiten der Erlebnisgesellschaft unterworfen werden könnte. Sie erfordert auch Routine und Kontinuität im Engagement. Aber andererseits müssen Parteien, wenn sie ihre öffentliche Relevanz verteidigen wollen, nicht nur ihre bekannten Kompetenzprobleme lösen. Auch ihre öffentliche Präsentation und ihre internen Verfahrensweisen sind herausgefordert, um Attraktivität in einer veränderten Umwelt zu gewinnen. Gleichwohl korrespondiert ihr Ringen um Problemlösungsfähigkeit nicht unbedingt mit den Unterhaltungseffekten und den Egoismen der individualisierten Erlebnisgesellschaft, die auch durch Wirtschaftskrisen und Arbeitsmarktkrisen kaum Korrekturen erfahren.

3. Die Politikvermittlung in der Fernsehdemokratie entspricht keineswegs politischen Rationalitätskriterien. Die Politik ist längst den Eigengesetzlichkeiten dieser permanenten Show unterworfen, die nicht Ratio, Urteilsvermögen und analytische Fähigkeiten der Rezipienten anspricht, sondern ihre Affekte. Das Medium erzwingt Visualisierung und Personalisierung. Seinen Gesetzmäßigkeiten hat sich zu unterwerfen, wer und was an die Öffentlichkeit vermittelt werden soll. Politik und Parteien haben sich diesem Zwang unterworfen, verstehen es mittlerweile aber auch selbst, durch perfekte Inszenierungen ihrerseits das Medium zu instrumentalisieren. Wahlkämpfe und Alltag unterliegen durchgeplanten Kommunikationsstrategien.<sup>14</sup> Die Theorie spricht von „professionalisierten Medienkommunikationsparteien“<sup>15</sup> als neuerem Modell. Doch lassen



sich nur in der öffentlichen politischen Kommunikation Inhalte durch Images ersetzen, nicht aber in der parteiinternen und parlamentarischen Willensbildung.<sup>16</sup> Im politischen Entscheidungsprozess ist inhaltliche Kompetenz gefordert, solange die von Parteien bestimmte parlamentarische Demokratie ihre Steuerungsfähigkeit nicht verlieren will.

4. Der Vorrang der öffentlichen Darstellung politischer Entscheidungen tangiert mittlerweile die Rationalität ihrer Herstellung. Wir befinden uns an einem Wendepunkt der Generationen: Erstmals regierte mit der Bildung der ersten rot-grünen Koalition eine fernsehsozialisierte politische Generation in Deutschland. Ihre mäßige Regierungstechnik und Regierungskompetenz erklären sich zum Teil aus der Überraschung, dass die Medienshow nicht schon die politische Substanz selbst ist. Diese neue Generation hat die Bedeutung der Arbeitsbühne, die dem gleißenden Scheinwerferlicht und Spektakel des „Nationaltheaters“ vorausliegt, ursprünglich weder erkannt, geschweige denn beherrscht. Medientauglichkeit des politischen Personals und seine Problemlösungskompetenz sind jedoch nicht identisch.

Bei der Rekrutierung der politischen Eliten eröffnet sich dadurch ein zusätzliches Problemfeld. Seit längerem schon war in Deutschland die politische Karriere zur ersten Karriere geworden, ohne solide Verankerungen in einer beruflichen Sozialisation.<sup>17</sup> Deswegen müssen Parteien und Fraktionen derzeit um ihren autonomen Sachverstand im Entscheidungsprozess ringen. Denn politische Tugenden allein reichen nicht mehr aus im Wettbewerb mit Bürokratie, Sachverstand, Interessenträgern und anderen Konkurrenten. Die als Alternative zur Volkspartei angebotene „Berufspolitikerpartei“<sup>18</sup>, von einer verselbständigten und selbstgenügsamen politischen Klasse geprägt, ist wegen ihrer Repräsentations- und Demokratiedefizite wohl keine angemessene Lösung.

Die Steuerungsfähigkeit der politischen Parteien wird herausgefordert durch die Komplexität der Materien und durch den Prozess der Globalisierung. Seit längerem schon wird in der Literatur das Ende von Demokratie und Politik sowie die Kapitulation beider vor der globalen informationellen Vernetzung der Ökonomie beschworen.<sup>19</sup> Dagegen steht der politische Gestaltungsanspruch, der in der Demokratie Legitimität schlechthin begründet und der auch gegenüber der Globalisierung nie hätte aufgegeben werden dürfen und z. B. eine ordnungspolitische Gestaltung der Finanzmärkte erforderlich gemacht hätte.<sup>20</sup> Dieser Anspruch bedarf aber eines kompetenten Personals. Dessen Auswahl kann sich künftig nicht nach jenen Kriterien innerparteilicher Karrieren vollziehen, die üblich geworden sind, aber auch nicht nach dem bescheidenen lokalen und individuellen Anspruchsniveau der Wähler, die von ihren Abgeordneten nämlich nicht Beherrschung der globalen Problemlagen und ihrer Auswirkungen auf den nationalen und regionalen Raum verlangen, sondern die unmittelbare Erfüllung allzu enger Bedürfnisse.

5. Gering ist die Bereitschaft zu praktischer Beteiligung an der Politik. Dafür gibt es Gründe, die gewiss bei den Individuen selbst liegen: Lebensentwürfe und Lebensrollen, die der Politik keine sonderliche Beachtung schenken; Betroffenheits- und Spontaneitätskultur, die sich mit langfristigen Bindungen und politischen Routinen nicht vertragen; daraus folgend Distanz und Skepsis gegenüber politischen Institutionen. Offensichtlich liegen Ursachen aber auch in diesen Institutionen selbst und in ihrer Art und (Un-)Fähigkeit, auf die angedeuteten Werte- und Mentalitätswandelprozesse in der Gesellschaft zu reagieren. Die Institutionen nehmen diesen Wandel nicht auf, sondern bauen Verteidigungsmauern dagegen. Bei näherem Hinsehen offenbart sich ein wechselseitiger Distanzierungsprozess. So auch bei den Parteien. Interessant ist der

Befund, dass von den drei Gruppen aktive Mitglieder, einfache „passive“ Mitglieder und Nichtmitglieder die einfachen passiven Parteimitglieder das negativste Politikbild besitzen. Kritik an den Politikern (denen mangelnde Befassung mit den realen Problemlagen, Uninformiertheit, Kontaktverlust und Bürgerferne vorgeworfen werden), Skepsis gegenüber den politischen Einflussmöglichkeiten des Normalbürgers und Distanz zum „Parteienstreit“ sind in dieser Gruppe am höchsten ausgeprägt, selbst höher als bei Nichtmitgliedern.<sup>21</sup>

Dieser Befund signalisiert ausgeprägte Insider-Verdrossenschaft, verursacht durch enttäuschte Erwartungen bezüglich eigener Mitwirkungschancen. Die Parteien bedauern zwar Interesselosigkeit der Bürger und fordern mehr Engagement ein. Aber politisch Interessierten haben sie, festhaltend an ihren Ritualen und Aktionsmustern, wenig zu bieten – speziell Menschen, die gemäß dem Haupttrend des Wertewandels „Subjekt des eigenen Handelns“ sein möchten, Menschen, die mitdenken, mithandeln und mitentscheiden wollen. Kleinparteien oder Wählerinitiativen („Freie Wähler“) und themenorientierte bürgerschaftliche Gruppierungen bieten dafür offenere, unkompliziertere Chancen mit wachsendem Erfolg; zudem mobilisieren sie geradezu politisch den Antiparteienaffekt.

Auch in diesem Zusammenhang bietet die Theorie Nachfolgemodelle<sup>22</sup> zur Volkspartei an: die professionalisierte Wählerpartei<sup>23</sup>, die sich auf Führung und Apparat und Experten für politische Kampagnen stützt; oder die Kartellpartei, die sich aus der Gesellschaft herausgelöst, den Staat durchdrungen und sich dienstbar gemacht hat<sup>24</sup>. Was aber sollen Parteien ohne gesellschaftlichen Wurzelgrund und ausgedünnt von demokratischen Repräsentationsfunktionen?

### *Herausforderungen der Zukunft*

Schon diese knappe Skizze zeigt tiefer gehende Herausforderungen der Volksparteien auf. Sie sind nicht nur formeller, traditioneller oder organisatorischer Natur. Und dennoch stellt die Tagesordnung der Zukunft – sie ist im Grunde längst Gegenwart – jene fundamentalen Fragen, die Umdenken und Gewohnheitsbrüche verlangen. Die aktuelle Grundsatzdiskussion versucht zumindest, sie aufzunehmen.<sup>25</sup> Globalisierung, demographische Entwicklung und Wissensgesellschaft stellen gewohnte Paradigmen und Mentalitäten infrage.

Für Politik und Parteien ist diese Situation in der Tat prekär. Werden sie von dieser Transformation einfach übergangen? Inwiefern können sie selbst an der neuen Form mitmodellieren? Bringen sie dazu Kompetenz und gesellschaftliche Akzeptanz auf? Das sind wohl die entscheidenden Zukunftsfragen, die schon bei Kompetenz und Akzeptanz Skepsis nähren. Sie verlangen gewiss rationale Antworten und damit eher Renaissance und Verteidigung jener Orientierungen, die im Wesentlichen zur Herausrprägung des Typus Volkspartei in seiner deutschen Variante geführt hatten.

Sie verlangen aber auch eine kaum mehr zu erwartende Rationalität der Bürger in der Konfrontation mit dem Neuen. Das Neue? Eine schrumpfende und alternde Gesellschaft, die wirtschaftliche und soziale und nicht zuletzt kulturelle Probleme aufwirft; eine Wissensgesellschaft mit anderen Anforderungen an Bildung und Qualifikation des Menschen als die Industrie- und Arbeitsgesellschaft sie kannte, mit viel beschworenen, letztlich aber immer noch nicht zu Ende gedachten Konsequenzen; eine Globalisierung, die Intelligenz im Umgang mit Informationen und effizientem Wirtschaften voraussetzt, um die Standards halten zu können; und seit Neuestem eine globalisie-

rungsbedingte Krise, deren Ausmaß wir noch nicht kennen, geschweige denn, dass ihre Überwindung gesichert wäre. Realistische Optimisten behaupten, dass Versuche aktiver Gestaltung und Steuerung dieser Transformation nicht vergeblich sind. Das allerdings setzt Einsicht in die Realitäten voraus – nicht Verdrängung, in der wir in den letzten Jahrzehnten Meister gewesen sind. Es verlangt die Bereitschaft, Gewohntes und Besitzstände auf den Prüfstand zu stellen – was Mehrheiten nicht wollen und Parteien ihnen wegen der damit verbundenen Machtrisiken nur zögerlich zumuten. Es erfordert letztlich einen erheblichen Mentalitätswandel in der Gesellschaft. Ohne unterschiedene politische Führung können diese Voraussetzungen für die Chance, dem Umbruch Form zu geben oder gar die Krise zu überwinden, nicht erreicht werden.

Jetzt schon beherrschen uns bei allem und von fast allen gespürten Wandlungsdruck zwei Wirklichkeitsdeutungen: bewahren oder erneuern. Tobias Dürr sieht in einem klugen Aufsatz hier die zentrale neue Konfliktlinie der deutschen und europäischen Gesellschaft entstehen. Die „Partei der Bewegung“ gebe es organisatorisch noch ebenso wenig wie die „Partei der Beharrung“, wohl aber gebe es sie in den Köpfen der Menschen samt den „jeweils mit ihnen verbundenen Vorstellungen, Hoffnungen oder Befürchtungen“, welche die überkommenen Entgegensetzungen überlagern, also Alternativen wie: mehr oder weniger Staat, neoliberale oder soziale Politik, materielle oder postmaterielle Werthaltungen, Kampf zwischen Kapital und Arbeit.<sup>26</sup> Diese Konfliktlinie läuft mitten durch die beiden großen Volksparteien, mitten auch durch die Kleinparteien. Sie läuft nur nicht durch die um die sozial marginalisierten Wählergruppen konkurrierenden Parteien von der NPD bis zu den LINKEN. Bei unterschiedlicher ideologischer Herkunft lassen sie sich „als reine ‚Parteien der Beharrung‘ charakterisieren: In ihrem gemeinsamen Populis-

mus und Protektionismus eint sie de facto weitaus mehr, als sie voneinander trennt“.<sup>27</sup> Diesen Sachverhalt, der gemeinhin auch verengte, kleinbürgerliche Gesellschaftsbilder einschließt, fasse ich in das Bild, dass die Extreme auf den Flügeln des Parteiensystems nicht weiter auseinander-rücken, sondern sich zu einem Hufeisen zusammenbiegen. Die jüngste Wahl- und Parteiengeschichte lehrt, wie riskant es ist, politische Kreativität, Dynamik und Veränderungsoffenheit einzufordern, wenn die Gesellschaft von Sicherheitsmentalität beherrscht ist und in der Beharrung keine Risiken erkennen will.<sup>28</sup>

Ob die Volksparteien Zukunft haben, entscheidet sich aber an nichts weniger als daran, ob sie die Fähigkeit entwickeln können, sich für die zukunftssträchtige Bewegung zu entscheiden und entsprechende Gestaltungskompetenzen zu entwickeln – und ob sie in der Lage sind, Mehrheiten in diesen Prozess einzubinden. Nur dann können sie an frühere Erfolge anknüpfen und weiteren Vertrauenseinbrüchen und Fragmentierungen des Parteiensystems entgegen-treten.

### *Anmerkungen*

<sup>1</sup> Siehe die Artikelserie der FAZ, beginnend mit 2. Juli 2007 und Prantl, Heribert: Das letzte Gefecht der Volksparteien, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. Juni 2008.

<sup>2</sup> 1983: 50 Prozent (EMNID-Informationen 4/1983).

<sup>3</sup> Umfrage von TNS Emnid für Reader's Digest Deutschland, Pressemitteilung vom 10. August 2005.

<sup>4</sup> Niedermayer, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2006, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007), S. 368–375.

<sup>5</sup> Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80. Nipperdey, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.

<sup>6</sup> *Mintzel, Alf*: Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit, Opladen 1983, S. 66.

<sup>7</sup> *Kirchheimer, Otto*: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Ziebur, Gilbert (Hrsg.): Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Darmstadt 1969, S. 352.

<sup>8</sup> Dazu *Wiesendahl, Elmar*: Parteien, Frankfurt a.M. 2006.

<sup>9</sup> *Lepsius, M. Rainer*: Parteiensystem und Sozialstruktur.

<sup>10</sup> Vgl. *Rattinger, Hans / Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen* (Hrsg.): Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wahlverhaltens im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden 2007.

<sup>11</sup> *Klages, Helmut / Gensicke, Thomas*: Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Speyer 1999.

<sup>12</sup> *Schulze, Gerhard*: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, 2. aktualisierte Aufl., Frankfurt/New York 2005.

<sup>13</sup> *Gluchowski, Peter*: Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B12 (1987), S. 18–32. *Neugebauer, Gero*: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007. Erstere Studie stützt sich auf die inzwischen klassischen sogenannten Sinus-Milieus, darunter z. B. „Etablierte“, „bürgerliche Mitte“ und „Postmaterielle“, letztere identifiziert insgesamt neun politische Milieus, darunter z. B. „Leistungsindividualisten“, „zufriedene Aufsteiger“ und „abgehängtes Prekariat“.

<sup>14</sup> *Radunski, Peter*: Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation, München 1980. *Noelle-Neumann, Elisabeth / Keppinger, Hans Matthias / Donsbach, Wolfgang* (Hrsg.): Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998, Freiburg i.Br./München 1999. *Ristau, Malte*: Wahlkampf in der Mediendemokratie: Die Kampagne der SPD 1997/98, in: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski / Ekkehard Mochmann / Dieter Ohr (Hrsg.): 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten, Opladen 2000, S. 465–476.

<sup>15</sup> *Jun, Uwe*: Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich, Frankfurt a.M./New York 2004.

<sup>16</sup> *Oberreuter, Heinrich*: Image statt Inhalte? Möglichkeiten und Grenzen inszenierter Politik, in: Otto Depenheuer (Hrsg.): Öffent-

lichkeit und Vertraulichkeit. Theorie und Praxis der politischen Kommunikation, Wiesbaden 2001, S. 145–157.

<sup>17</sup> Herzog, Dietrich: Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen, Opladen 1975. *Rebensdorf, Hilke*: Die politische Klasse. Zur Entwicklung und Reproduktion einer Funktionseleite, Frankfurt a.M./New York 1995. *Schüttemeyer, Suzanne S./ Sturm, Roland*: Der Kandidat – das (fast) unbekannte Wesen: Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 36 (2005), S. 539–553.

<sup>18</sup> von Beyme, Klaus: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000.

<sup>19</sup> Guéhenno, Jean-Marie: Das Ende der Demokratie, München 1994.

<sup>20</sup> Vgl. zutreffend das Grundsatzprogramm der CSU von 2007: „Die globale Wirtschaft braucht ordnungspolitische Leitplanken. Die CSU setzt sich für die Menschenrechte und für soziale Standards, insbesondere auch zum Schutz von Kindern, sowie für einen international abgestimmten Umwelt- und Klimaschutz ein. Notwendige Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb sind eine globale Wettbewerbspolitik, der Schutz geistigen Eigentums, der Kampf gegen Korruption und eine Politik für ein stabiles internationales Finanzsystem.“ (Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten, Grundsatzprogramm der CSU, München 2007, S. 63).

<sup>21</sup> Klages, Helmut: Zerfällt das Volk? Von den Schwierigkeiten der modernen Gesellschaft mit Gemeinschaft und Demokratie, in: Klages/Gensicke: Wertewandel, S. 14 ff.

<sup>22</sup> Allerdings übersieht sie noch das neue Erfolgs- und Bewegungsmodell der Freien Wähler als moderner Antiparteienpartei, die sich in Deutschland nicht nur über die süddeutsche kommunale Ebene hinaus (siehe Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein 2008), sondern auch auf Landesebene (Bayern 2008: 10,2 Prozent) mit weitergehendem Anspruch zu etablieren beginnt: siehe die Kandidatur zur Europawahl 2009.

<sup>23</sup> Panebianco, Angelo: Political Parties: Organization and Power, Cambridge 1988.

<sup>24</sup> Katz, Richard S. / Mair, Peter: Changing Models of Party Organization and Party Democracy, in: Party Politics 1 (1995), S. 1–28.



<sup>25</sup> Dazu u. a. *Oberreuter, Heinrich*: Wiederentdeckung der Werte – die Grundsatzdebatten der großen Parteien, in: Mike Schmeitzner / Heinrich Wiedemann (Hrsg.): *Mut zur Freiheit. Ein Leben voller Projekte. Festschrift zum 80. Geburtstag von Wolfgang Marcus*, Münster et al. 2007, S. 171–180. Siehe auch das Themenheft der Zeitschrift „Die Politische Meinung“ 52 (2007), Heft 449.

<sup>26</sup> *Dürr, Tobias*: Bewegung und Beharrung. Deutschlands künftiges Parteiensystem, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B32–33 (2005), S. 31–38, hier S. 35.

<sup>27</sup> Ebd., S. 36.

<sup>28</sup> Die Agenda 2010 und tief greifende Sozialstaatsreformen haben in der SPD bekanntlich zur Abspaltung der WASG und zum Verlust des Kanzleramtes geführt. Auch Kohl hat die Wahl 1998 nicht zuletzt wegen entsprechender Reformen verloren.